

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/3362 –**

### **Archivzentrum DDR-Geschichte und Campus für Demokratie in Berlin**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Mit dem „Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten“ vom 17. Juni 2021 beschloss der Deutsche Bundestag die Überführung der Stasiunterlagen in das Bundesarchiv und die Einbettung dieser Akten in den Überlieferungskontext der gesamten DDR-Geschichte, um „noch besser einen dauerhaften Beitrag zur gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung“ mit der DDR-Geschichte zu gewährleisten. (siehe auch Bundestagsdrucksache 19/23709, S. 24)

Am historischen Ort des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR in Berlin sollen nach Plänen des Bundesarchivs in einer künftigen „Dienststelle Berlin-Lichtenberg“ die gesamten DDR-Archivbestände konzentriert werden, und neben den Unterlagen der Zentralverwaltung des MfS sollen dann auch die Unterlagen aller gesamtstaatlichen Stellen, der Parteien und Massenorganisationen der DDR sowie Unterlagen privater Herkunft (insbesondere Nachlässe) der wissenschaftlichen Forschung ebenso wie der privaten Benutzung zur Verfügung gestellt werden (vgl. [https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/Meldungen/2020-11-04\\_paper-hollmann-kulturausschuss.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/Meldungen/2020-11-04_paper-hollmann-kulturausschuss.pdf?__blob=publicationFile)). Auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom Dezember 2021 wurde die Unterstützung der Einrichtung eines „Archivzentrums SED-Diktatur“ und die Weiterentwicklung der ehemaligen MfS-Zentrale in Berlin zu einem „Campus für Demokratie“ in einem auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbaren Zeitrahmen angekündigt (S. 125).

Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller werden Projekte von nationaler Bedeutung normalerweise von breit aufgestellten Fachgremien diskutiert, um einen möglichst großen gesellschaftlichen Konsens und Transparenz herzustellen. Zumindest hatten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestag auch diesen Gedanken verpflichtet gefühlt, als sie im erwähnten Gesetz ein Beratungsgremium bzw. Beirat zur Begleitung dieser Prozesse für die ersten fünf Jahre mit verankerten. (ebenda, S. 42)

Nach 33 Jahren Friedlicher Revolution im Herbst 1989 in allen Bezirken der ehemaligen DDR ergibt sich nach Ansicht der Fragestellerinnen und Frage-

steller noch immer ein großer Handlungsbedarf für die öffentliche Kultur-, Bildungs- und Erinnerungspolitik.

1. Hat sich das Beratungsgremium bzw. der Beirat für den Überführungsprozess der Stasiunterlagen beim Bundesarchiv nunmehr schon konstituiert?
  - a) Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt mit welchen Mitgliedern und deren beruflichen bzw. gesellschaftlichen Funktionen?
  - b) Wie viele von diesen Mitgliedern haben ihre biografische Herkunft in Ostdeutschland?
  - c) Sind diese Informationen öffentlich einsehbar, und wenn ja, wo?  
Wenn nein, warum nicht?
  - d) Wenn nein, warum nicht, und bis wann wird dies dann geschehen?

Die Fragen 1 bis 1d werden gemeinsam beantwortet.

Die konstituierende Sitzung des Beratungsgremiums hat am 20. Juni 2022 stattgefunden. Dem Gremium gehören an:

Drei vom Deutschen Bundestag benannte Mitglieder:

- Katrin Budde, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages,
- Arnold Vaatz, ehemaliger Abgeordneter des Deutschen Bundestages, ehemaliger Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung im Freistaat Sachsen,
- Petra Morawe, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur des Landes Brandenburg.

Sechs durch die Landesregierungen Berlins und der ostdeutschen Länder benannte Mitglieder:

- Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
- Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur,
- Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur,
- Regina Schild, ehemalige Leiterin der Außenstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs in Leipzig,
- Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
- Dr. Peter Wurschi, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Drei durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) benannte Mitglieder:

- Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG),
- Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
- Prof. Ines Geipel, Schriftstellerin, Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin.

Alle Mitglieder des Beratungsgremiums haben ihre biografische Herkunft in Ostdeutschland.

Das Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv hat am 20. Juni 2022 mit einer Pressemitteilung über die konstituierende Sitzung des Beratungsgremiums sowie über dessen Aufgaben und Mitglieder informiert. Auf der Internetseite des Stasi-Unterlagen-Archivs wird zudem allgemein über die Aufgaben des Gremiums und seine Zusammensetzung informiert.

2. Wie sehen nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuellen Planungen und der Stand der Umsetzung für die Errichtung eines „Archivzentrums zur DDR-Geschichte“ aus, und in welchem Jahr soll es der Allgemeinheit und der wissenschaftlichen Forschung zugänglich sein?

(siehe auch <https://taz.de/Mit-System-durch-die-Ex-Stasi-Zentrale/!5854487/>)

Für die Errichtung des „Archivzentrums zur SED-Diktatur“ (Archivzentrum) im Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv laufen derzeit die erforderlichen vorbereitenden Planungsarbeiten unter Beteiligung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), des Bundesarchivs, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.

Im Ergebnis einer durch die BKM in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie ist die Errichtung des Archivzentrums auf dem Gelände der ehemaligen MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg grundsätzlich technisch möglich. Nunmehr sollen ergänzende Untersuchungen die Aussagen der Machbarkeitsstudie u. a. mit Blick auf mögliche Anpassungen des Flächenbedarfs spezifizieren.

Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse werden die weiteren Verfahrens- und Planungsschritte nach den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes durchgeführt.

Über den Zeitpunkt der vollständigen Realisierung kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden, da es sich um ein komplexes Verfahren handelt. Mit Blick etwa auf städtebauliche Verantwortlichkeiten und Erwerb von Gebäuden sind zu verschiedenen Zeitpunkten auch Entscheidungen Dritter erforderlich. Das Bundesarchiv wird jedoch alle Möglichkeiten nutzen, um der Allgemeinheit und wissenschaftlichen Forschung Teilleistungen bereits vor vollständiger Realisierung des Vorhabens zur Verfügung zu stellen.

3. Welche inhaltlichen Konzeptionen zur Bildungs- Forschungs- und Erinnerungsarbeit des Archivzentrums gibt es bereits, und mit welchen Einrichtungen außerhalb des Bundesarchivs wird dabei in jeweils welcher Form kooperiert?

Kern des „Archivzentrums zur SED-Diktatur“ ist die Bündelung aller Archivbestände zur DDR am Standort in Lichtenberg und deren gemeinsame Bereitstellung für die Nutzenden. Damit soll das künftige Archivzentrum einen ganz wesentlichen Aspekt der Transformation, nämlich die Zusammenführung der Stasi-Unterlagen mit den anderen Archivbeständen zur DDR im Bundesarchiv, auch räumlich abbilden.

Die in § 2 Absatz 2 Nummer 9 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) vorgesehene historisch-politische Bildungsarbeit an den historischen Orten wird weiterhin auch auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, an dem sich der Berliner Archivstandort für die Stasi-Unterlagen befindet und das Archivzentrum errichtet werden soll, fortgeführt. Neben eige-

nen archivpädagogischen Bildungsangeboten für Schülerinnen und Schüler, Lehrende und Lehramtsreferendare arbeitet das Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv schon jetzt der Leitidee des Campus folgend mit unterschiedlichen Akteuren zusammen. Durch vielfältige Kooperationsformate wie „Campus-Forum“ oder „Campus-Kino“, aber auch Einzelveranstaltungen zu Forschungsarbeiten des Stasi-Unterlagen-Archivs sowie gemeinsame Beteiligungen der Campuspartner an nationalen oder Berliner Sonderevents wie „Lange Nacht der Museen“, „Tag des offenen Denkmals“ oder „Tag der Archive“ bringt sich das Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv in die Aufarbeitung der SED-Diktatur ein.

4. Welche bisherigen Einzelsammlungen und Archive sollen in einem „Archivzentrum zur DDR-Geschichte“ zusammengeführt werden, und wurden mit den Rechteinhabern (Einbringern) privater Nachlässe bereits Verhandlungen bzw. Gespräche dahingehend geführt (bitte entsprechend auflisten)?

In das geplante „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ in Berlin-Lichtenberg verlagert werden sollen alle Archivbestände von zivilen und militärischen staatlichen Stellen der DDR (Ministerrat, Staatsrat, Ministerien, NVA), die heute im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde und in Freiburg verwahrt werden, sowie Archivgut privater Herkunft mit DDR-Bezug, das sich im Besitz des Bundes befindet. Geplant ist ebenfalls die Verlagerung der Archivbestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, die heute in Berlin-Lichterfelde lagern. Das Kuratorium der Stiftung und damit auch die Einbringer werden fortlaufend über den jeweiligen Stand der Planungen informiert.

5. Mit welchen Kosten für zusätzliches Personal, bauliche Sanierungen, Errichtung von Magazinen, Umzug von Beständen nach Berlin-Lichtenberg usw. für den Bund ist durch die Errichtung eines Archivzentrums zu kalkulieren, und ab welchem Zeitpunkt werden diese für den Bundeshaushalt wirksam?

Die Kosten sind derzeit noch nicht konkret bezifferbar. Der Zeitpunkt, zu dem die Investitionsmittel zur Verfügung stehen müssen, ist abhängig von dem weiteren Fortgang des Verfahrens.

6. In welchem Entwicklungsstadium befindet der bereits vor zehn Jahren durch den ehemaligen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU), Roland Jahn, vorangetriebene „Campus für Demokratie“ (siehe auch <https://www.presseportal.de/pm/30621/2388721>), und wie lange wird die Fertigstellung dieses Vorhabens voraussichtlich dauern?

Der „Campus für Demokratie“ ist ein stetig wachsendes und offenes Angebot für Interessierte, sich am historischen Ort mit Diktatur und Demokratie auseinanderzusetzen. Dabei bringen sich unterschiedliche, besonders die auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg ansässigen Akteure zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf vielfältige Weise ein. Das gemeinsame Ziel, eine nachhaltige Struktur für den Campus zu entwickeln, die ein langfristiges Fundament für die Nutzung des historischen Ortes schafft, unterliegt dabei keiner Zeitspanne, sondern dem Engagement aller Beteiligten, die aus dem Campus schon jetzt einen lebendigen Erinnerungsort machen.

Das Land Berlin hat sich durch mehrere Beschlüsse von Senat und Abgeordnetenhaus sowie mit dem aktuellen Koalitionsvertrag zur Weiterentwicklung des Campus bekannt. Im Sommer 2018 hat das Land Berlin zudem ein Standortmanagement installiert. Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt aktiv die Entwicklung des Campus durch Kooperationsveranstaltungen mit dem Bundesarchiv und am Ort ansässigen Vereinen. Neben diesen engagiert sich auch der Förderverein „Campus für Demokratie e. V.“ bei der Weiterentwicklung des Geländes.

Das Bundesarchiv bringt sich in diesem Rahmen als Kooperationspartner ein und betreibt die 2018 eröffnete Dauerausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv und in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die 2015 im Stasimuseum eröffnete Dauerausstellung zur Staatssicherheit sowie das 2017 eröffnete Besucherzentrum, das Informationen und Orientierung auf dem Gelände bietet und gleichzeitig auch Veranstaltungsort ist.

Zuletzt ist die Entwicklung und Installation eines Informations- und Wegeleitsystems erfolgt, das im Mai 2022 eröffnet wurde.

7. Mit welchen Gesamtkosten rechnet die Bundesregierung bei künftigem Personal, beim Immobilienerwerb, bei der Sanierung bestehender Gebäude und Unterhaltung von Infrastruktur auf dem ca. 80 000-Quadratmeter-Gelände in Berlin-Lichtenberg?

Auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin Lichtenberg ist eine Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren ansässig. Hinsichtlich der geplanten Errichtung des „Archivzentrums zur SED-Diktatur“ wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Zu den Kosten der anderen auf dem Gelände aktiven Beteiligten liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

8. Wie viele Veranstaltungen werden regelmäßig bzw. jährlich auf dem historischen Gelände der MfS-Zentrale in Lichtenberg und künftigem „Campus der Demokratie“ durch das Bundesarchiv durchgeführt, und in welcher Höhe bewegten sich die Besucherzahlen dabei in 2021 gesamt und im Jahr 2022 (bis einschließlich August)?

Im Jahr 2021 führte das Bundesarchiv allein oder mit Kooperationspartnern 22 Veranstaltungen auf dem Gelände durch, die meisten davon in hybrider Form. Vor Ort nahmen daran rund 2 800 Personen teil. Eine einstellige Anzahl von Veranstaltungen musste pandemiebedingt entfallen. An den bis August 2022 insgesamt 20 vom Bundesarchiv allein oder in Kooperation angebotenen Veranstaltungen nahmen vor Ort rund 5 000 Interessierte teil.

Das Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs führte im Jahr 2021 insgesamt 41 Projekttag, Lehrerfortbildungen und Veranstaltungen für Multiplikatoren durch, an denen 1 010 Personen teilnahmen. Im Jahr 2022 wurden bei den bis einschließlich August durchgeführten 128 Bildungsveranstaltungen insgesamt 3 042 Teilnehmende verzeichnet.

Hinzu kommen Individualbesuchende des Geländes und Gruppen, die eine Archiv- oder Geländeführung mitmachen, in einer Größenordnung von ca. 6 600 Personen im Jahr 2021 (pandemiebedingt wurden in diesem Jahr keine Führungen angeboten) und ca. 6 300 bis August 2022.

Zusätzlich sorgen Veranstaltungen in hybriden Formaten (Campus-Forum) für Reichweite und machen das historische Gelände und seine Geschichte digital bekannt.

9. Welche Teile der Zivilgesellschaft und Gruppierungen und Vertreter von Opferverbänden sind bzw. werden nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. in jeweils welcher Form in die weitere Entwicklung des „Campus der Demokratie“ miteinbezogen (bitte entsprechend auflühren)?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.



